Nr. 72 — 21. Jahrg. — Sonntag, 26 März 1922

Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Bezugspreis: Vierteljährlich 24 M. zweimonatlich 16 M. monatlich 8 M. frei Haus. Einzelnummer 60 ₰. Die Sächsische Volkszeitung erscheint sechsmal wöchentlich. — Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich zurückverlangte und mit Rückporto nicht versehene Einsendungen an die Redaktion werden nicht aufbewahrt

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. Anzeigenpreis für die Petitzeile 3,10 Familienanzeigen 2,75 für Vereine 2,50 die Reklamezeile 80 mm breit 9.—. Offertengebühr für Selbstabholer 1.—, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. — Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen. Annahme in Dresden: Schmidt'sche Buchhdl., Inh. P. Herf Schloßstr. 5, in Bautzen Franz Kunzar a. d. Petritirche 4

Tagesschau

In Paris trat am 25. März die Botschafterkonferenz zusammen, um Stellung zu nehmen zu der Frage der militärischen Kontrolle in Deutschland.

Unter Vorsitz des Reichspräsidenten fand Freitag nachmittag im Reichskanzlerhaus ein Kabinettsrat statt, in dem der Reichskanzler die Richtlinien der einzuschlagenden Politik entwickelte. Der Reichspräsident stellte am Schluß der Beratung fest, daß alle anwesenden Minister mit den Ausführungen des Reichskanzlers einverstanden sind.

Der Aeltestenrat des Reichstages hat endgültig den Termin für die Erklärung der Regierung über die Reparationsnote auf Dienstag den 28. März festgesetzt.

Die neuen Hartmünzen zu 1, 2, 3 und 5 Mark kommen voraussichtlich im April in den Verkehr.

Katastrophenpolitik

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Die Auswirkung der Pariser Note der Reparationskommission kann man in die wenigen Worte zusammenfassen: Die Alliierten (lies Frankreich) wollen Deutschland dem Zustande völliger Verelendung entgegentreiben. Daß sie dabei die daraus unbedingt einmal kommenden schweren Folgen für ihre eigenen Länder übersehen, ist eine Sache, über die in diesem Augenblicke zu sprechen nutzlos ist. Wir müssen vielmehr mit klarem Blick die Dinge sehen, wie sie sind. Dabei muß daran erinnert werden, in welch außerordentlich starkem Maße der Friedensvertrag von Versailles die Gesamtausgaben des Reiches für 1922 belastet. Im Gesamthaushalt des Reiches für das Rechnungsjahr 1922 werden 265,7 Milliarden Mark angefordert, die folgendermaßen sich verteilen:

Es entfallen auf allgemeine Verwaltungsausgaben 9,5 Milliarden, auf wirtschaftliche und kulturelle Ausgaben 2,3 Milliarden, auf soziale Lasten 7,1 Milliarden, auf die Polizei 1,9 Milliarden, auf Heer und Marine 4,7 Milliarden, auf die Fürsorge für Kriegsteilnehmer, Hinterbliebene usw. 11,2 Milliarden, für Zuschüsse zu den Besoldungserhöhungen in den Ländern und Gemeinden 2, für Zuschüsse zu den Betriebsverwaltungen der Reichspost und Reichsbahn 9,2 und für die Verzinsung der Reichsschuld 29,8 Milliarden Mark. Es bleiben danach noch übrig 188 Milliarden Mark, und diese stehen im Gesamthaushalte des Reiches verzeichnet unter „Ausgaben in Ausführung des Friedensvertrages", in Worten Einhundertachtundachtzig Milliarden Mark. Es ergibt sich also beim Reichshaushalt folgende Zusammenfassung: Ausgaben unmittelbar infolge des Krieges 188 Milliarden, das sind 70,7 vom Hundert der Gesamtsumme, 50,2 Milliarden Mark mittelbar infolge des Krieges, das sind 18,9 vom Hundert der Gesamtsumme, bleiben noch übrig für die anderen Bedürfnisse des Reiches 27,5 Milliarden, das sind sage und schreibe 10,4 vom Hundert der Gesamtsumme.

So stellt sich also die Belastung allein des Reichshaushaltes durch das Friedensdiktat von Versailles. Das ist auch gar kein Wunder, wenn man daran denkt, daß im besetzten Gebiet ein französischer Unteroffizier dreimal so viel Gehalt erhält als der deutsche Reichswehrminister. Das, was man nun gewöhnlich unter Notwendigkeiten der Erfüllungspolitik versteht, ist in diesen jährlichen Ausgaben von 188 Milliarden Mark nicht mit einbegriffen. Nach Cannes und vor Genua mußten wir — ohne uns irgendwelchen Illusionen hinzugeben — mit Erleichterungen rechnen. Um das Mögliche möglich zu machen, haben sich die Mittelparteien des Reichstages wochenlang abgemüht, um das Steuerkompromiß zustande zu bringen. Es lag fix und fertig im Schranke. Durch die neue Note der Reparationskommission ist alles über den Haufen geworfen. Frankreich hat in der Reparationskommission die Führung auf der ganzen Linie wieder übernommen. Nicht das trägt allein die Schuld, daß Briand von Poincaré abgelöst wurde, sondern vielmehr, daß die Stellung Lloyd Georges in England erschüttert ist, daß die englische Politik in einen Zustand der Unsicherheit hineingeraten ist. Ein Blick in die französische Presse beweist, in welchem Siegesdaumel dieses Land der Revanchepolitik sich wieder einmal befindet. Die „Information" schreibt, daß der französische Vertreter es also erreicht habe, die französische Auffassung durchzusetzen. Der „Intransigeant" erklärt, daß die Entscheidung tatsächlich ein Fortschritt in der von der Entente Deutschland gegenüber befolgten Methode der Forderungen sei, und der „Petit Parisien" meint, „daß das deutsche Volk gezwungen sein wird, hart zu arbeiten und sich schwere Entbehrungen aufzuerlegen, um die Alliierten bezahlen zu können". Einer der Hauptheher in Frankreich, der „Temps", führt aus, die französische öffentliche Meinung werde dem Vorsitzenden der Kommission, seinem Hauptmitarbeiter und seinen fremden Kollegen seine Dankbarkeit bezeugen. Das ist ein kleines Spiegelbild der Stimmung, wie sie heute in Frankreich vorherrschend ist.

Die deutsche Oeffentlichkeit ist demgegenüber übereinstimmend der Ansicht, daß es nicht möglich ist, die neu geforderten 60 Milliarden Papiermark aufzubringen. Reichstag und Reichsregierung werden sich erst in der nächsten Woche offiziell dazu zu äußern haben, aber so viel steht heute schon fest, daß an eine Aufbringung dieser Summe im Ernst nicht gedacht werden kann. Seit dem Erscheinen der Reparationsnote sind naturgemäß auch bei uns in der Presse eine Reihe von Möglichkeiten erörtert worden und dabei ist auch sehr viel über einen bevorstehenden Rücktritt des Kabinetts Wirth geschrieben worden. Mit vollem Recht sagt dazu die „Kölnische Volkszeitung" in ihrer Nr. 230 folgendes:

„Der Gedanke (des Rücktritts des Kabinetts Wirth) nahm in deutschnationalen Kreisen bereitsicherweise den Charakter einer Selbstverständlichkeit an. Das ist er nun nicht. Uns will es richtig scheinen, daß das Reichskabinett und die Parteien

Schleichende Krisis

Von Paul Heßlein, Mitglied des Sächs. Landtages

Draußen in der Natur ist in diesen Tagen wieder der Winter eingezogen. Er hat die ersten Knospen, die schon hervorsprossen, vernichtet. Auch über das Deutsche Reich sind neuerdings schwere dunkle Wolken heraufgezogen und schwerere Stürme denn je scheinen uns bevorzustehen. Ein neues unerhörtes Diktat der Alliierten hat jede, auch die kleinste Hoffnung auf eine Besserung der Verhältnisse vernichtet. Wir scheinen durch den Unverstand der alliierten Staatsmänner am Ende der Erfüllungspolitik angekommen zu sein. In diesen Tagen gilt es natürlich doppelt und dreifach kaltes Blut zu bewahren, die Nerven nicht zu verlieren. Auf der anderen Seite aber darf auch niemand über den furchtbaren Ernst der Situation sich im unklaren sein.

Mitten in diese Lage des Reiches platzt die Nachricht von einer Regierungskrisis in Sachsen. Um es gleich vorweg zu nehmen: Der Verlauf dieser Krisis wird natürlich zu einem nicht geringen Teile beeinflußt werden von den schweren Erschütterungen, denen Reich und Volk durch den Beschluß der Reparationskommission unterworfen sind. Jedoch ist diese Krisis in Sachsen eine Erscheinung, die eigentlich niemanden Wunder nehmen sollte. Es ist mehr wie einmal schon hervorgehoben worden, daß in Sachsen nicht nur ungesunde, sondern direkt widernatürliche Verhältnisse vorhanden sind. Wir haben eine Regierung, von der man wirklich sagen muß, daß sie eigentlich weder leben noch sterben kann, eine Regierung, deren Lebensdauer nicht nur von einer Partei abhängt, die in der Regierung selbst nicht vertreten ist, sondern von einer Partei, die zudem jeder verfassungsmäßigen Regierung programmatisch feindlich gegenüberstehen muß. Es ist nicht die erste Erschütterung, welcher diese Regierung ausgesetzt ist, und es wird — falls der Konflikt beigelegt werden sollte — nicht die letzte sein. Allerdings ist diesmal die Krisis durchaus ernster Natur.

Es handelt sich um die Bewilligung der Polizeiämter im Haushaltplane für 1922 und zwar in Verfolg der Vorlage, die im Sommer vorigen Jahres vom Landtage angenommen wurde. Ueber den Kern der Sache ist in meinem Artikel „Trapez" in Nr. 60 der „Sächsischen Volkszeitung" bereits das nähere gesagt worden. Es soll daher heute nur in Erinnerung zurückgerufen werden, daß damals bereits die Unabhängige sozialdemokratische Fraktion ihren eigenen Minister Lipinski im Stiche ließ und gegen die Vorlage stimmte. Herr Lipinski mußte daher sich sein Polizeigesetz von den nichtsozialistischen Parteien bewilligen lassen. Damals war allerdings die Deutschnationale Partei diejenige, welche die Gelegenheit, Herrn Lipinski und eventuell die ganze Regierung zu stürzen, versäumte. Die Antwort, die Herr Lipinski auf die ihm von den nichtsozialistischen Parteien beim Polizeigesetz gewordene Hilfe gab, ließ nicht lange auf sich warten. Sie wirkte sich in der Lipinskischen Personalpolitik aus. Aber auch die unabhängige Fraktion hat — vom Standpunkte des Parlamentarismus aus — in der Zwischenzeit nichts dazu gelernt. Gemeinsam mit den Kommunisten lehnte sie am Mittwoch im Haushaltsausschuß A die in Frage kommenden Titel des Etats ab, so daß die Polizei zum Teile jetzt in der Luft schwebt. Denn auch die nichtsozialistischen Parteien hatten sich inzwischen insgesamt zu der erfreulichen Erkenntnis durchgerungen, daß es natürlich Sache der Parteien ist, aus denen die Regierung hervorgeht, die Mittel zu bewilligen, und daß für sie gar keine Veranlassung vorliegt, dieser Regierung als letzte Nothelfer beizuspringen. Wir haben es neulich schon einmal angedeutet — und sprechen es heute erneut aus — daß die Parteien, die man als Regierungsparteien anzusprechen hat, auch die Verantwortung für die Regierungspolitik übernehmen müssen. Andernfalls muß eben die Regierung die Folgen ziehen.

Es erhebt sich nun die Frage, wie die Dinge sich gestalten werden. Bei der Beantwortung dieser Frage kann man an einigen Auslassungen der sozialistischen Presse nicht vorübergehen. Im Organ der kommunistischen Partei „Der Kämpfer" hat am 14. März (Nr. 62) der Abg. Geube einen Artikel über die Stellung zur sozialistischen Regierung und zum Haushaltsplan in Sachsen veröffentlicht, in dem aufs schärfste an der Regierung Kritik geübt wurde. Der kommunistische Abg. Geube kam dabei zu folgendem Ergebnis:

„Die Gesamtpolitik seit der Wahl dieser Regierung, die in dem jetzigen Haushaltsplan am besten zum Ausdruck kommt, kann kein Mensch eine sozialistisch-orientierte nennen. Deshalb kann es für uns nur eins geben: Erwogen und zu leicht befunden. Dieser Etat kann von uns nicht angenommen werden. Das bedeutet nicht, daß wir einer sozialistischen Regierung den Etat nicht bewilligen können. Es bedeutet nur, daß wir dieser Politik, die eine rein bürgerliche war und ist, nicht zustimmen können.

Nun war es schon interessant, daß die Redaktion des kommunistischen Blattes den Artikel nur mit Vorbehalt aufnahm. Sie erklärte, sie behalte sich vor, zu der Frage eingehend Stellung zu nehmen und stelle den Artikel des Herrn Geube zur Diskussion. Diese Aussprache im „Kämpfer" hat begonnen. In Nr. 68 dieses Blattes wird ein Artikel veröffentlicht, der schließlich zu der Erklärung kommt, die Kommunisten könnten sich jetzt nicht festlegen wie sie sich bei der Endabstimmung zum Etat stellten. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Kommunisten sich die Gelegenheit zum Rückzug offen halten für die endgültige Abstimmung beim Haushaltsplan. Wesentlich anders liegen jedoch die Dinge bei dem Kapitel der Polizei, das die Veranlassung zu der gegenwärtigen Krisis gegeben hat. Noch am Anfang der Woche hat die mehrheitssozialistische Presse durch Veröffentlichung eines Artikels des Abg. Bethke versucht, den Unabhängigen und Kommunisten gut zuzureden. In dem Artikel wurde betont, „daß im allgemeinen das Zusammenarbeiten der sozialistischen Parteien eine Besserung erfahren hat, und das ist das Beachtlichste an der Politik der 1½ Jahre." Bei der Abstimmung im Haushaltsausschuß A hat man allerdings von dieser Besserung nichts verspürt. Die Enttäuschung über das Verhalten der Unabhängigen Sozialdemokraten in dieser Angelegenheit kommt infolgedessen mehr als deutlich in einem Artikel der mehrheitssozialdemokratischen „Dresdner Volkszeitung" vom Donnerstag den 23. März (Nr. 70) zum Ausdruck, in dem es heißt:

„Was hier dagegen von der USP als Regierungspartei geschieht, ist politische Unfähigkeit in allergesprochendster Art; denn es ist geeignet, das Ansehen der Regierung und der einzelnen Minister auf das gründlichste zu untergraben. Schon allein die Rücksicht auf den eigenen Minister Lipinski sollte zu einem anderen Handeln genötigt haben. Noch läßt sich die volle Auswirkung dieses Beschlusses nicht übersehen. Soviel kann aber heute bereits betont werden: Nimmt die USP auch im Plenum nicht eine andere Haltung ein, dann erscheint es fraglich, ob die Regierungskoalition eine solche Belastung noch weiter vertragen kann."

Der mehrheitssozialdemokratische Abg. Bethke, der auch Verfasser dieses Artikels ist, hofft allerdings zum Schluß, daß „die praktische Vernunft noch in letzter Stunde siegen wird." Unter praktischer Vernunft versteht Herr Bethke natürlich den Umfall der Unabhängigen. Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß ein solcher Umfall sich vollziehen kann. Auf den Umfall der Unabhängigen allein kommt es jedoch nicht an. Die große Frage ist die, ob in diesem Falle die Kommunisten ebenfalls den Umfall mitmachen.

Soviel steht jedenfalls fest, daß sowohl die Regierung als auch die Regierungsparteien die Lage tatsächlich so schwer empfinden als sie in Wirklichkeit ist. Das beweist schon die Tatsache, daß auf Veranlassung des Ministerpräsidenten Buck vom Präsidenten des Landtages am Donnerstag vormittag der Aeltestenrat einberufen wurde, um sich mit der Sache zu befassen. Man erlebte dabei das Schauspiel einer häuslichen Auseinandersetzung zwischen den Regierungsparteien. Die nichtsozialistischen Parteien verhielten sich naturgemäß passiv. Als Weisheit letzter Schluß wurde von mehrheitssozialdemokratischer Seite der Vorschlag gemacht, die Angelegenheit noch einmal in zweiter Lesung im Haushaltsausschuß A zu beraten. Ob es dann gelingen wird, eine Einigung der feindlichen sozialistischen Brüder zustande zu bringen, darüber läßt sich im Augenblick noch nichts sagen. Aber selbst, wenn es gelingen sollte, die Krisis bei dem fraglichen Kapitel des Staatshaushaltsplanes beizulegen, so würde das nichts daran ändern, daß eine schleichende Krisis übrigbleibt, die jeden Augenblick zum Bruche führen kann. Das ist wohl allen Teilnehmern an der Sitzung des Aeltestenrates vom Donnerstag sehr deutlich zum Bewußtsein gekommen. Sollte diesmal noch eine Beilegung erfolgen, dann wäre es nur möglich auf Grund von Konzessionen, welche die Mehrheitssozialdemokraten machen müßten, sei es in dieser oder in einer anderen Frage.